

Die Transformationsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften stehen für einen neuen Typ des radikalen sozialen Wandels. Es handelt sich um kollektive Mobilisierungsprozesse, die sich vom Typ graduellen evolutionären Wandels unterscheiden, der Gegenstand soziologischer Theorien des sozialen Wandels ist; Wandlungsprozesse, die nicht in allen Ländern Ost- und Ostmitteleuropas „im gleichen Maß revolutionär waren“ (Tilly 1993:337) und unterschiedliche Ausdrucksformen aufwiesen: von spontanen Streiks und Massendemonstrationen bis zu größeren Protestaktionen und Revolten. In Polen, der DDR und der Tschechoslowakei bauten die Wandlungsprozesse von 1989 auf eine vorausgegangene revolutionäre Situation auf und hatten revolutionäre Ergebnisse (Goodwin 2007:255–261; Foran 2008). Das wichtigste Ergebnis war die Übernahme der Regierungsgewalt durch neue politische Führungsgruppen, die sich aus organisierten Gegeneliten (Polen) oder Zirkeln oppositioneller kultureller Gegeneliten (Tschechoslowakei, DDR und Ungarn) rekrutierten. Im Folgenden werde ich die Tragfähigkeit soziologischer Modelle für den Wandel der postkommunistischen Gesellschaften beleuchten: 1) Welche Dimensionen des politischen, kulturellen und sozialen Wandels werden abgehandelt? 2) Welche Vorstellung von Transformations- und Modernisierungsprozessen wird vermittelt? Im zweiten Teil werde ich die Erklärungsreichweite von Modellen des sozialen Wandels untersuchen: 1) Welche Aussagen über die Richtung des 1989 eingeleiteten „radikalen“ sozialen Wandels werden getroffen? 2) Welche Konflikt- und Krisentendenzen werden thematisiert? Dann werde ich 3) auf die Mehrschichtigkeit der Wandlungsprozesse nach 1989 eingehen. Abschließend diskutiere ich 4) historische und kulturelle Analysegesichtspunkte des sozialen Wandels. Dabei plädiere ich für Verstehen als Schlüsselbegriff der Untersuchung des revolutionären Wandels in Ostmitteleuropa.

2.1 Probleme des radikalen sozialen Wandels

Für die Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa nach 1989 kann man nicht sinnvoll von sozialem Wandel „im allgemeinen“ ausgehen. Diese Erkenntnis zählt zu den Ausgangspunkten der historischen Soziologie (Kennedy 2002). Eine Logik der Transformationsprozesse (Staniszki 1995:23–28) zu behaupten, wäre ebenfalls unzutreffend. Es fehlen Anhaltspunkte für „gesetzesähnliche“ Annahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Systemische Regelmäßigkeiten in Politik und Ökonomie sind nach 1989 kaum ausgeprägt. Änderungen in den sozialen Lagen und gesellschaftliche Ungleichheiten treten verstärkt auf. Artikulierte Interessenpositionen von neuen sozialen Gruppen, Vereinigungen und Organisationen sind dagegen weniger bestimmbar, wie besonders die neuen Mittelschichten zeigen¹. Sozialer Wandel nach 1989 ist vielmehr unter dem Gesichtspunkt widersprüchlicher Prozessformen zu bestimmen (Bunce 1999). In einzelnen Bereichen, wie Politik, Ökonomie und Kultur, überschneiden sich Entwicklungen, verlaufen gegensätzlich ausgerichtet, ungleich oder fortschreitend bzw. blockierend ab. In der Zeitdimension betrachtet handelt es sich um ungleichzeitige Prozesse, die mit revolutionären Wandlungen eingeleitet wurden, im Hinblick auf die soziale, politische und kulturelle Dimension um Wandlungen, die durch Kontinuitäten und soziale Diskontinuitäten gekennzeichnet sind. Deliberative Politik und Handlungserfahrungen aus der informellen öffentlichen Sphäre vor 1989 erhalten für Reformen und den Institutionenwandel ein größeres Gewicht als aus vergleichenden Untersuchungen der Demokratisierung in Südamerika und Südeuropa bekannt ist. Symbolische Bezüge auf kulturelle und politische Traditionen werden wieder belebt, wie die Bezugnahme auf Patriotismus, „nationales Erbe“, die polnischen Studentenproteste vom März 1968 und den „Prager Frühling“ zeigt. Im Mittelpunkt der Wiederaneignung von politischen Leitideen stehen Debatten über Zivilgesellschaft, die in Polen und der Tschechoslowakei bis auf frühe Initiativen der Demokratisierung im Jahr 1968 zurückgehen (Kuroń 1994; Mazowiecki 1998; Kennedy 2002; Fehr 2004). Daneben sind für die politische Kultur Tendenzen des Populismus prägend, die sich in Legitimitätsdiskursen der Eliten niederschlagen. Wie werden diese ungleichen Entwicklungen in soziologischen Modellen des sozialen Wandels erfasst?

¹ Kurczewski 1994: 395–421; Domański 1994; Szeleny 1993; Szeleny 1995; Večerník/Matějů 1999; Večerník 2009: 138–143.

2.2 Zur Tragfähigkeit soziologischer Modelle des sozialen Wandels

Zur Klärung gehe ich näher auf fünf in der Transformationsforschung verbreitete theoretische Orientierungen ein, die mit dem Anspruch der Modell- oder „Paradigmen“-Bildung vorgelegt werden. Die Autoren dieser Modelle erheben den Anspruch, Wandlungstendenzen auch theoretisch zu bestimmen und über eine aussagekräftige Theorie postkommunistischer Transformation zu verfügen. Das sind 1) das „Rational-Choice“-Modell, 2) evolutionär-systemtheoretische Differenzierungsmodelle, 3) soziologische Modernisierungstheorien, 4) historisch-vergleichende Analysen und 5) Konzepte der Elitenforschung.

1. „Rational Choice“-Ansätze erlangen für die Untersuchung des sozialen Wandels einen Stellenwert, sobald die Rolle von Ideologien, Diskursen und informellen kulturellen Institutionen einbezogen wird. Schon die ersten vergleichenden Studien von Adam Przeworski (Przeworski 1990; Przeworski 1991) berührten Fragen, die über ökonomischen Wandel hinaus auf symbolische Dimensionen des kollektiven Handelns deuten. Allerdings bleibt es bei Andeutungen. Für den Übergang zur Demokratie in Polen und den ostmitteleuropäischen Gesellschaften (Zielonka 1994:87–104) liefert der Rational-Choice-Ansatz keine Erklärung:

Der Schwerpunkt in Przeworskis und Zielonkas Studien liegt auf den „Rund-Tisch“-Gesprächen, die zutreffend als historische Zäsur dargestellt werden. Kritische Einwände lassen sich im Hinblick auf Probleme der Verhandlungsführung an den Runden Tischen zusammenfassen: Übergänge zwischen strategischem und kommunikativen Handeln (Habermas 1981) werden nicht ausreichend bestimmt. So blenden Zielonka und Przeworski jene Ebenen der Verhandlungen zwischen den kommunistischen Führungsgruppen und den oppositionellen Gegeneliten aus, die neben strategischem Handeln von Bedeutung waren. Das sind diejenigen Formen der Übereinkunft, die den Ergebnissen der Rund-Tisch-Dialoge in Warschau, Budapest, Berlin und Prag vorausgelagert waren: die wechselseitige Anerkennung als Akteure, die mit dem Abbau von ideologischen Gegnerstereotypen einherging. Diese kommunikativen Maßstäbe für eine Übereinkunft waren nach den Erfahrungsberichten von beteiligten Akteuren für den Erfolg der Rund-Tisch-Abkommen wichtiger als strategische Handlungskalküle.

Die Transition soll nach Przeworski und Zielonka im Rahmen einer Abfolge strategischer Interaktionen zwischen den kommunistischen Machteliten und der dissidentischen Opposition rekonstruiert werden. Modellhaft wird eine Abfolge „Diktatur – geöffnete Diktatur – Demokratie“ mit einer eindeutigen Richtungsbestimmung angenommen. Rational (statt: deliberativ) orientierte Akteure entwickeln in der Spätphase des „Real-Sozialismus“ Vereinbarungen an Runden Tischen,

die im Rahmen eines strategischen Machtspiels Übergänge zur Demokratie markieren („Elitenpakte“). Mit dieser Argumentation wird übersehen, dass die Verhandlungen am Runden Tisch anders verliefen als beabsichtigt (Vereinbarungen über die Wahlen, Präsidentschaft und die Einrichtung des Senats als zweiter Kammer in Polen v. a.). Auf Transformationsprobleme bezogen argumentiert Douglass C. North offener. Er verweist auch auf Wandlungen, die als revolutionäre Umbrüche beginnen und für die aus Sicht der rational-ökonomischen Theorie die kulturellen und ideologischen Faktoren nicht erfolgreich erklärt worden sind (North 1990:42–44). Die Interpretation der Rund-Tisch-Gespräche primär unter strategischen Gesichtspunkten der Erlangung von Garantien für die alten Machteliten in der neuen demokratischen Ordnung ist unzureichend. Die Rund-Tisch-Gespräche in Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn gründeten vielmehr auf deliberativer Politik, die punktuell auch Formen des „Aushandelns“ von Interessen einschloss².

In unseren Zusammenhang bringen Campell und Pedersen die Einwände gegenüber der Rational-Choice-Theorie auf einen Nenner: „We do not deny that self-interest operated in post-communist countries. To the extent that actors tried to defend their vested institutional interests, regain power, and so on indicates that it did. Our claim is simply that this was not always the case“ (Campell/Pedersen 1996:238). Noch grundsätzlicher fällt die Kritik an Rational-Choice-Ansätzen für die Erforschung der spontanen Massenmobilisierungen von 1989³ aus, die den Rund-Tisch-Gesprächen vorausgingen. Probleme des kollektive Handelns bestanden 1989 für die dissidenten Gruppen und Solidarność in Polen, in der Tschechoslowakei, der DDR und Ungarn nicht darin, bestimmte Anreize für politische Beteiligung zu finden, „... to encourage workers to participate as in public choice theory. Rather, the collective action concern for the student leaders and dissidents became communication“ (Saxenborg 1999:28). Für die Teilnahme an spontanen Massendemonstrationen in Leipzig, Prag und Budapest 1989 bietet der Rational-Choice-Ansatz keine Analysegesichtspunkte. Für die Rund-Tisch-Verhandlungen fallen die klassischen Rational-Choice-Annahmen unterkomplex aus. So hält Przeworski an der antideliberativen Annahme fest, dass ökonomische Reformen auf einem „Modell der ökonomischen Effektivität“ basieren, das „hoch technisch“ (Przeworski 1991: 183) ist: „They involve choices that are not easy to explain to the general public and decisions that do not always make sense to popular opinion“

² Dazu: Jon Elster, *Deliberation and constitution making*, in: Jon Elster (ed), *Deliberative Democracy*, Cambridge 1998: Cambridge University Press, S. 105.

³ Dazu: Klaus-Dieter Opp, DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1991/Heft 2, S. 302–321; Klaus-Dieter Opp, Wie erklärt man die Revolution in der DDR?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1992, Heft 1, S. 16–23.

(ebenda). Die parlamentarische Demokratie erscheint so als Derivat ökonomischer Reformen. Nach einer in den Sozialwissenschaften weit verbreiteten elitenzentrierten Perspektive (Bunce 2013: 185 ff.), der Vorstellung von Führungsgruppen als Garanten erfolgreicher Transformation, wird hier ein Argument betont: die fokusbildende Rolle von ökonomischen Experten wie Leszek Balcerowicz und Václav Klaus als Begründer der Demokratien in Ostmitteleuropa.

2. Eliten als Garanten der Transformation werden auch noch in systemtheoretischen Interpretationen abgehandelt, obwohl deren Protagonisten auf Teilsystembildung abstellen. Systemtheoretische Orientierungen spielten zunächst in den Grundlagendebatten über die Transformationsprozesse in Ost(mittel)europa keine Rolle. Ein Grund hierfür war der Allgemeinheitsgrad von systemtheoretischen Aussagen über Evolution, der vor allem in Luhmanns Überlegungen zum Ausdruck kommt: „Alle Evolution schafft ihre eigenen Voraussetzungen nach Maßgabe ihres Fortschreitens, und stoppt, wenn und solange dies nicht gelingt“ (Luhmann 1986:86). Eine eng damit verknüpfte Barriere besteht darin, dass Systemtheoretiker direkt oder indirekt auf funktionale Differenzierung als gegebenes Kriterium für sozialen Wandel bestehen. Von funktionaler Differenzierung und erfolgreich abgeschlossener Subsystembildung mit Eigenrationalitäten kann jedoch in den Handlungsbereichen Politik, Verwaltung und Wirtschaft vor und nach 1989 in Polen, der Tschechischen Republik und der DDR/Ostdeutschland nicht ausgegangen werden: Die „real-sozialistischen“ Gesellschaften waren nur „vordergründig“ (Arnason 1996:159) differenziert.

In Verbindung mit Modellen autopoietischer Ordnungen finden systemtheoretische Erklärungen in der Debatte über Wandlungsprozesse postkommunistischer Gesellschaften Anklang. Nach dem Urteil Jadwiga Staniszkis sind sie auf ein Paradigma der Transformation angelegt (Staniszkis 1995:19–56). Die Dynamik des sozialen Wandels seit 1989 wird hierbei vor allem auf der Ebene von Strukturen untersucht. Im Mittelpunkt der Modellbildung stehen Makrostrukturen, wie staatliches Handeln, die „Implosion“ der real-sozialistischen Herrschaftsordnung und Selbstorganisierungstendenzen auf der systemischen Ebene. Mit dieser Schwerpunktsetzung sind auch Grundprobleme des evolutionären Paradigmas bezeichnet: Der konfliktreiche Prozess der Institutionalisierung neuer Regeln für Akteure auf der Makro- und Mikroskala wird durch die Wahl holistischer Strukturkategorien vereinfacht. Bei Staniszkis fehlt die Bezugnahme auf Handlungserfahrungen der Akteure, die unverzichtbarer Bestandteil einer Theorie des sozialen Wandels kommunistischer und postkommunistischer Gesellschaften ist. Außerdem sind evolutionäre Annahmen wie Implosion (Staniszkis 1991; Staniszkis 2001) so unspezifisch formuliert, dass keine Vorstellung von der Dynamik des Institutionenwandels vor und nach 1989 vermittelt wird. Die Studien Staniszkis überspringen

entgegen ihrem Erklärungsanspruch Fragen, die die kulturellen und geschichtlichen Kontextbedingungen betreffen. Das Handeln politischer Akteure – individueller Akteure, Gruppen oder sozialer Bewegungen – erhält keinen Stellenwert für die Interpretation des sozialen Wandels nach 1989. Angesichts der zentralen Rolle von Solidarność und der Bürgerbewegungen in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR als Träger der gewaltlosen Revolutionen des Jahres 1989 ist das eine paradoxe Bewertung: „Vom subjektlosem“ Wandel zur systembezogenen Perspektive der Modernisierung?

3. In der Debatte über den Systemwandel in den postkommunistischen Ländern erfahren Grundannahmen der Modernisierungstheorie einen Bedeutungszuwachs (Zapf 1991:45–49; Zapf 1994; Rustow 1991; Pye 1990). Modernisierungstheoretische Ansätze werden danach mit dem umfassenden Anspruch verbunden, eine Deutung sowohl der revolutionären Wandlungsprozesse von 1989 und des sozialen Wandels in Ost(mittel)europa zu liefern (Pye 1990:9–11). Für die Interpretation der Zäsur von „1989“ werden Überlegungen von Parsons wieder aufgenommen. Für Parsons war eine eindeutige Vorhersage für die Richtungsbestimmung politischer Modernisierung in Osteuropa möglich, wie das folgende Urteil zeigt: „Ich stelle tatsächlich die Prognose, dass sich die kommunistische Gesellschaftsorganisation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen ‚regredieren‘ wird ...“ (Parsons 1971:71). So plausibel diese Prognose auch auf den ersten Blick erscheint, für die Untersuchung der Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa ergeben sich allerdings Fragen, die die Anwendbarkeit von evolutionistischen Entwicklungsannahmen in Zweifel ziehen, vor allem das universell genannte Muster der „Standardanhebung durch Anpassung“ und die systemischen Kriterien der politischen Entwicklung (Parsons 1972:40 ff.).

An das systemtheoretische Modell der „Standardanhebung durch Anpassung“ anknüpfende Interpretationen fallen eindimensional aus. So wird die Richtungsbestimmung der postkommunistischen Wandlungsprozesse nach einem Urteil Zapfs zur „weiterführenden Modernisierung“ einseitig und unhistorisch formuliert. „Weiterführend“ ist von einem Entwicklungskonzept abgeleitet, das auf Innovation als Schlüsselbegriff beruht (Zapf 1991:45 ff.) und das im normativen und politischen Sinn zielgerichtet ist: „Transformation“ bezeichnet Modernisierungsprozesse, die sich von der evolutionären Modernisierung dadurch auszeichnen, dass ihr Ziel bekannt ist: Die Anpassung an die Institutionen moderner Gesellschaften mit Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat“ (Zapf 1994:5). Die zeitlich vorausgegangene Modernisierung der „westlichen“ Gesellschaften setzt die Rahmenbedingungen, in denen die Modernisierung Ost- und

Ostmitteleuropas verlaufen wird. Die Kulturgebundenheit von Basisprinzipien der Modernisierung wie „Innovation“ wird ausgeblendet. Es überwiegen systemische Maßstäbe der Modernisierung, die ein Dilemma offenbaren: „Systemische Regelmäßigkeiten“ und funktionale Differenzierung als Basiskonzept bilden in Ostmitteleuropa nur eine Tendenz, keinen Rahmen der Modernisierungspolitik. Mein Einwand richtet sich gegen die normativen Implikationen des Differenzierungstheorems, das mit „weiterführender Modernisierung“ auf Ost- und Ostmitteleuropa übertragen wird (Parsons 1972:102). Modernisierung ist nicht der einheitliche, unilineare und universelle Prozess, den funktionalistische Autoren entwerfen. Modernisierung erzeugt auch Fragmentierungen und Deformationen in der Lebenswelt, wie Kritiker des westlichen Modells (Habermas 1981, Bd.2: 533–567; Arnason 1996: 155–160) herausarbeiten. In Ost(mittel)europa sind heute Pathologien der Lebenswelt und Tendenzen der Gegenmodernisierung verbreitet, wie religiöser und nationaler Fundamentalismus und Xenophobien.

Abgesehen von methodologischen Problemen, die mit der Erneuerung normativer Prämissen des Differenzierungstheorems für vergleichende Untersuchungen verknüpft sind (Huntington 1971:283–322,60; Tiryakian 1978:148), beinhaltet die Perspektive „weitergehender“ Modernisierung einen zentralen Mangel: Die homogenisierende Annahme fortschreitender Modernisierung verfehlt Entwicklungsprobleme in Ostmitteleuropa, wie das gleichzeitige Auftreten von Tendenzen des „Fortschritts“ und der Regression, der sozialen Differenzierung und der kulturellen Desintegration, der Integration und der Entdifferenzierung. Transformationsprobleme können nicht zureichend mit der funktionalistischen Differenzierungstheorie und Modellen der „weitergehenden“ Modernisierung (Zapf 1994:125) erfasst werden. Weder Besonderheiten aus der Vorgeschichte von 1989, wie das Auftreten neuer politischer Gegeneliten, noch Krisen des sozialen Wandels nach 1989 werden beleuchtet. Die Institutionalisierung demokratischer Strukturen in Polen, Ungarn und in der ehemaligen Tschechoslowakei ist nicht identisch mit der „Nacherfindung“ (Zapf) moderner Institutionen. Die Entstehung politischer Institutionen und Organisationen unterliegt vielmehr auch Rahmenbedingungen, die in der „westlichen“ Modernisierungstheorie alter und neuer Provenienz ausgeblendet werden (Meyer 2009). So werden zum Beispiel von den Modernisierungseliten Strategien der Institutionenbildung angewendet, die auf vorhandenen Ressourcen aufbauen. Diese Ressourcen schließen „organisatorische Formen“ und „soziale Bindungen“ ein, offizielle oder informelle Regeln (Stark 1992:80) und bilden eine komplexe Wechselbeziehung für Institutionenbildung (Bunce 1999).

4. Historisch-vergleichende Analysen. Erst nach 1989 wurde der Zusammenbruch des „Real-Sozialismus“ in historisch orientierten Modernisierungsanalysen erörtert. So nimmt S.N. Eisenstadt an, dass es sich bei den „real-sozialistischen“

Gesellschaften um moderne oder sich modernisierende Gesellschaften handelte. Der Zusammenbruch dieser Gesellschaftsordnungen ist für Eisenstadt ein Beispiel dafür, welche Spannungen und potentielle Zerbrechlichkeit dem Projekt Moderne innewohnen. Das ist eine andere Bestimmung des Verhältnisses von „Real-Sozialismus“ und Modernisierung als durch strukturell-funktionale Interpretationen nahe gelegt wurde (Eisenstadt 1992:35)⁴. Im Gegensatz zu Parsons verortet S. N. Eisenstadt den „Real-Sozialismus“ als historisches Modell innerhalb der (industriegesellschaftlichen) Moderne⁵. Die Vorstellung von teilweise modernen Strukturelementen in den sozialistischen Industriegesellschaften ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt für die Deutung sozialen Wandels aktuell: durch Bezugnahme auf ungleichzeitige Entwicklungen vor 1989. Ungleichzeitige und ungleiche Entwicklungen bestehen darin, dass neben Anleihen an traditionale Legitimationen, wie nationale Traditionen und Patriotismus, von den kommunistischen Machteliten auch Modernisierungsversuche unternommen wurden. Diese Politik schlug sich in Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn während der siebziger Jahre in Strategien des Aufbaus der „sozialistischen Industriegesellschaft“ nieder.

Im Unterschied zur funktionalistischen Modernisierungstheorie bestehen historisch-vergleichende Untersuchungen auf der Annahme, dass die Vorgeschichte des sozialen Wandels von 1989 von Bedeutung ist⁶. Die Geschichte der „real-sozialistischen“ Gesellschaften belegt, dass es sich nur um einen „vordergründig differenzierten“ (Arnason 1996: 159) Typ handelt. Gegen die Übertragbarkeit differenzierungstheoretischer Modelle auf die „real-sozialistischen“ Gesellschaften sprechen auch noch grundsätzliche Einwände: dass nämlich Paradoxien der Planungsrationaltät (Habermas 1981, Bd. 2: 565) und die Widersprüchlichkeiten von Orientierungs- und Maximierungsfunktionen zu besonderen „Dissonanzen und Dysfunktionalitäten führt“ (Arnason 1996:159). In der Spätphase des „Real-Sozialismus“ verdichten sich Konstellationen für Legitimationskrisen, die nicht auf Anzeichen „blockierter“ Differenzierung beschränkt sind. Vor 1989 handelte es sich um „zugleich überintegrierte und auf neuartige Weise fragmentierte Gesellschaft (en)“ (Arnason 1996:159), in denen die „systemisch verselbständigten Organisatio-

⁴ Dazu auch: Tiryakian 1991; Tiryakian 1992; Tiryakian 1995:249–264; Müller 1995:37–64; Martin 1999:23–43; Machonin 1999:45–59.

⁵ Über allgemeine Überlegungen hinaus sind bisher keine historisch orientierten Deutungen der „Modernität“ der (post-) sozialistischen Gesellschaften vorgelegt worden. Mit Ausnahme von Thesen zur „multiplen Modernität“, die auf Eisenstadt (Eisenstadt 2002) zurückgehen und die als Alternative zum Modell „westlicher Modernisierung“ auch auf die Transformationsgesellschaften Osteuropas übertragen werden (Boatcă u. a. (Hrsg.), Globale, multiple und postkoloniale Modernen, München 2010).

⁶ Vgl. Kennedy 2008; Arnason 1996: 159.

nen des staatlichen Apparats und der Wirtschaft in einen vorgetäuschten Horizont der Lebenswelt fiktiv zurückversetzt“ (Habermas 1981, Bd. 2:567) wurden. Vergleichende typologische Betrachtungen sind demnach offener als systemfunktionalistische Schemata. Das zeigen auch neuere Studien Baumanns. Für Bauman ist der Niedergang des Kommunismus im Kontext der „solid modernity“ zu verstehen: „Just as the birth of the communist version of modernity was an integral, perhaps even an unavoidable part of the dawn of ‚solid modernity‘, so its implosion and downfall were part and parcel of that solid modernity’s decline and demise“ (Bauman 2011:35). Baumanns Überlegungen werden in einer These zusammengefasst, die Anknüpfungspunkte für historisch-vergleichende Untersuchungen bietet: „The death knell of the communist experiment was sounded by modernity entering its ‚liquid‘ phase“ (Bauman 2011: 36).

5. Vergleichende Elitenforschung. Für den „Inter-Eliten-Wettbewerb“ in den Transformationsgesellschaften fehlen Rahmenbedingungen des Handelns und der Problemlösung. Verfahrensregeln zur Bewältigung innerparteilicher Konflikte sind nicht ausgeprägt, Spielregeln der Machtkonkurrenz unter politischen Akteuren unbestimmt. Von „sachbezogener“ Leistungskonkurrenz zwischen den Elitefraktionen (Stammer 1951:513–540; Sartori 1992) kann daher nicht ausgegangen werden. Pluralistische Eliten als Akteure „demokratischer Konsolidierung“⁷ bilden eine Fiktion, ebenso die eng damit verknüpfte Annahme von Eliten als Träger demokratischer Stabilität (Highley 1991:47).

In den auf Profilierung der politischen Führer angelegten Elitenkonflikten vermischen sich alte und neue politische Trennungslinien. Die Quellen für diese Konflikte liegen teilweise in der Vergangenheit und gehen vorwiegend auf Unterschiede in den Herkunftsmilieus der Akteure zurück (Szelényi/Wnuk-Lipiński/Treiman 2004; Eyal 2003). Häufig handelt es sich um Personalisierungen politischer Entscheidungen, Unterschiede in den Denkweisen und im politischen Stil der Schlüsselfiguren⁸. Eine zentrale Annahme der Modernisierungs- und Elitenforschung: die Vorstellung der „Produktivität“ des Elitenkampfes im Sinn der Führungsauslese (M. Weber, J. Schumpeter, O. Stammer, G. Sartori u. a.) lässt sich daher nicht auf die Elitenkultur Ostmitteleuropas übertragen. Der Elitenkampf führte im Gegenteil zur Fragmentierung der politischen Szene, wie die häufigen organisatorischen Umwandlungen von Partei-Allianzen zu Milieuparteien (Grabowska 1992:19) unterstreichen. Der Fragmentierung der parteipolitischen Szene entspricht die Zunahme

⁷ Dazu: Highley/Lengyel 2000; Frentzel-Zagórska/Wasilewski 2000; Frič et al. 2005; Jarosz 2007; Machonin/Tuček 2007:35–59; Potůček 2009.

⁸ In diesen Zusammenhang gehören V. Klaus und V. Meciar Konfrontationspolitik, Wałęsas Autoritarismus in der Auseinandersetzung mit der Opposition in Polen und J. Kaczyński's Denunziation politischer Konkurrenten als „Lügen-Eliten“.

von hoch polarisierenden Gegnereffassungen, Ersatzstreit-Themen und exzessive Polemik, die in politischem Rufmord gipfelt⁹. Das zeigen Wahlkampagnen der national-populistischen Parteien in Polen, in Ungarn, in der Tschechischen Republik und in der Slowakei ebenso wie Anti-Demokratie-Proteste in Budapest nach 2006 und in Warschau zwischen 2010 und 2014. Die Herausbildung einer polemischen Diskurskultur ist in der parteipolitischen Arena verbreitet. Für das Konzept der pluralistischen Eliten finden sich im Gegensatz zum dominanten Haltungstyp der Konfrontationseliten keine empirisch überprüfbaren Entsprechungen in Ostmitteleuropa.

2.3 Widersprüche und Krisen des sozialen Wandels

Die größten Mängel bestehen in der Transformationsforschung im Hinblick auf kulturelle Kontextbedingungen und Legitimitätskrisen. Konfrontiert man zentrale Aussagen der vorgestellten Analysemodelle mit der Realität der Wandlungsprozesse in Polen, der Tschechischen Republik und Ostdeutschland tritt das Missverhältnis zwischen theoretischen Perspektiven und Problemen des radikalen sozialen Wandels auf. Nicht die (Zweck-) Rationalität in den Handlungsstrategien der neuen politischen Führungsgruppen fällt auf, sondern deren Orientierung an alten und neuen kulturellen und organisatorischen Maßstäben: das Wiederaufleben von Patronage, Klientelismus und Milieubindungen. Korruptive Mechanismen prägen in allen ostmitteleuropäischen Übergangsgesellschaften die Handlungsbereiche Politik, Verwaltung, Wissenschaft und (Aus-) Bildung. Evolutionäre Universalien bestimmen nicht den sozialen Wandel in Ostmitteleuropa, wie systemfunktionalistische Soziologen annehmen, sondern Tendenzen der Desintegration und der Gegenmodernisierung. Die desintegrierende Rolle der katholischen Kirche in Polen, Antisemitismus, die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahrensregeln und „völkische“ Selbstbilder in Ungarn deuten in diese Richtung.

Die nach 1990 aufgetretenen Ungleichzeitigkeiten und Ambivalenzen des sozialen Wandels verweisen auf zentrale Probleme der postkommunistischen Ent-

⁹ So werden politische Gegner häufig als unter „ausländischem Einfluss“ stehend denunziert (Polen: „Kollaborateure“, „Agenten Moskaus“, Kampf gegen „Liberale“; Ungarn: „Judentum“ und „ausländischer Einfluss“). Als Verdichtungssymbole für Mobilisierungskampagnen gegen parteipolitische Konkurrenten dient auch der Appell an Traditionen des Polen- und Ungartums, die gegenüber „ausländischen“ und „europäischen“ Einflüssen geschützt werden sollten. Das sind wiederkehrende Losungen in der Propaganda von Jobbik und Fidesz und im Verlauf der Anti-Regierungskampagnen der polnischen National-Populisten (PiS, „Radio Maryja“-Milieu).

Eliten und zivile Gesellschaft
Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa
Fehr, H.
2014, XIV, 463 S. 4 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-04376-6